

**Es gilt das angesprochene Wort!**

**Deutscher Raiffeisenverband e. V.**

**Mitgliederversammlung**

**16. Juni 2010 in Hannover**

**Ansprache DRV-Präsident Manfred Nüssel**

Anrede,

- Mitgliederversammlung 2010 mit 2 Schwerpunkten
  1. Geschäftsbericht Dr. Meyer – Rechenschaft über unsere Arbeit im letzten Jahr
  2. Meinungsaustausch, Standortbestimmung
    - Überprüfung von Strategien und Planungen
- EU – Agrarreformen
  - Agenda 2000

- Entkoppelung Direktzahlungen 2003
- Health Check 2008
  
- Schwerpunkt heute: Betriebsmodell –  
Deutschland führt bei Entkopplung –  
Andere Mitgliedstaaten haben Nachholbedarf  
– Frankreich etc.
  
- GAP 2013 - Positionierung Aigner mit Bundes-  
ländern – Plön, April 2010
  - EU – Agrarpolitik hat sich bewährt
  - wichtige Klammer für die EU
  - ohne wesentliche Änderung fortsetzen
  - angemessene finanzielle Ausstattung
  - Agrarausgaben nur 0,45% des EU – BIP
  - 2 – Säulen – Modell
  - Modulation nicht notwendig
  - Direktzahlungen - Öko- und Sozialstan-  
dards
  - keine Differenzierung DZ nach Betriebsgrö-  
ße – Agrargenossenschaften → gesell-  
schaftliche Leistungen
  
- BMELV-Staatssekretär Dr. Robert Kloos mor-  
gen aus Sicht der Bundesregierung
- Ergebnis Sparpaket

Ein Wort zu den Agrargenossenschaften:

- Vor 20 Jahren begann die Umwandlung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften - zu einem großen Teil in Agrargenossenschaften.
- Viele Menschen hatten damals – besonders in Westdeutschland – eine große Skepsis, was die Existenzberechtigung und Existenzfähigkeit dieser Landwirtschaftsbetriebe neuen Typus anging.
- Nach 20 sehr bewegten Jahren, in denen sich der Deutsche Raiffeisenverband und seine regionalen Genossenschaftsverbände in den neuen Bundesländern sehr stark für die Belange der Agrargenossenschaften eingesetzt haben, können wir mit Stolz feststellen, dass weiterhin rund 1.000 Agrargenossenschaften erfolgreich Landwirtschaft in den neuen Bundesländern betreiben.
- Das Modell der Agrargenossenschaft, dessen Entstehung sicherlich den besonderen historischen Umständen in Ostdeutschland zuzuschreiben ist, hat sich als wettbewerbsfähig und nachhaltig in der landwirtschaftlichen Produktion erwiesen.

- Dieses ist ein Verdienst der Menschen, die sich in einer schwierigen historischen Situation für die Rechtsform der Genossenschaft für ihr Unternehmen im Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft entschieden haben. Mitglieder der Agrargenossenschaften und dort tätige Arbeitskräfte in der Pflanzen- und Tierproduktion praktizieren erfolgreich bäuerliches Wirtschaften unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen.
  
- Ich gratuliere den Agrargenossenschaften, den Mitgliedern, ihren Vorständen und Aufsichtsräten zu diesem bemerkenswerten Jubiläum; ich wünsche ihnen weiterhin viel Erfolg und sichere ihnen auch für die Zukunft die nachhaltige Unterstützung durch die genossenschaftlichen Verbände ausdrücklich zu.
  
- Entwicklung EU – Agrarmärkte
  - Marktordnungen weitgehend abgebaut
  - Volatilität der Preise – verstärkt durch Finanz- und Wirtschaftskrise
  - Unternehmerisch – Risikomanagement
  - Agrarwirtschaft von der Börse entdeckt
  - Politisch – Sicherheitsnetz notwendig

- EU – Förderung für Export in Wachstumsregionen
- Neue Wettbewerbssituation auf Agrarmärkten
  - Interventionspreise keine Orientierung mehr
  - Bündelung allein löst Probleme nicht
  - Neue Lösungen, Ersatz im Wettbewerbsrecht (Vortrag von Kartellamts-Vizepräsident Dr. Klocker)
- Aktivitäten auf EU – Ebene zur Verbesserung Wettbewerbsfähigkeit
  - High – Level – Group Milch  
( EU – KOM und Mitgliedstaaten)
- Empfehlungen u.a.
  - Vertragsbeziehungen Erzeuger – Molkerei
  - Marktstellung Erzeuger – neue Zusammenschlüsse
- Unsere Position
  - Situation in Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich
  - Keine neuen Instrumente, die wir in Deutschland nicht brauchen

- Keine neuen Erzeugerzusammenschlüsse
- Praxisorientierte Einbeziehung der Genossenschaften
- Die eingetragene Genossenschaft ist der klassische Erzeugerzusammenschluss.
- Die Politik muss das Rad der Selbstorganisation der Landwirte zur Stärkung ihrer Marktposition nicht neu erfinden.
- Diese Versuche hat es in der Vergangenheit wiederholt gegeben - Marktstrukturgesetz von 1969.
- Der Vergleich der Entwicklung der bei uns organisierten Genossenschaften seit 1969 mit den Erzeugergemeinschaften nach dem Marktstrukturgesetz ist ernüchternd.
- Im zurückliegenden Jahr sind wir intensiv mit dem Begriff der Nachhaltigkeit konfrontiert worden.
- Der Kopenhagener Klimagipfel ist Ende 2009 gescheitert.

- Erneut konnte keine Einigung auf über von allen akzeptierte und respektierte CO<sub>2</sub>-Reduzierungsziele erreicht werden.
- Der Gipfel hat aber erneut die allgemeine Aufmerksamkeit und Sensibilität für die Problematik des Klimawandels und für die Notwendigkeit der CO<sub>2</sub>-Reduktion geschärft.
- In der Folge werden die Unternehmen durch Öffentlichkeit und Marktpartner zunehmend mit Forderungen nach einer höheren Nachhaltigkeit ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und deren Nachweis konfrontiert.
- Dabei wird gegenwärtig die CO<sub>2</sub>-Reduzierung stark in den Vordergrund gerückt, wohl wissend, dass die Nachhaltigkeit nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische und soziale Dimensionen umfasst.
- Über den Begriff der Nachhaltigkeit besteht leider in der Praxis keine allgemeine Übereinkunft.
- Es gibt sehr unterschiedliche Ausprägungen, die einen Umgang damit für die Unternehmen nicht gerade erleichtern.

- Auf der einen Seite wird der exakte Carbon Footprint für ein Produkt verlangt, unter Berücksichtigung aller Prozesse und begleitenden Maßnahmen, die bei der Produktion und Vermarktung notwendig geworden sind.
- Auf der anderen Seite formuliert die EU im Zusammenhang mit der Biomasse für erneuerbare Energien ganz anders gelagerte Nachhaltigkeitskriterien.
- Danach darf Biomasse in flüssiger Form nur noch dann unter Ausnutzung von staatlicher Förderung eingesetzt werden, wenn Cross Compliance und der Schutz von sensiblen Naturräumen beachtet wird - in der EU schon lange eine Selbstverständlichkeit.
- Die Einhaltung dieser Vorgaben soll durch eine Zertifizierung der Unternehmen ab der Stufe der Ersterfassung nachgewiesen werden.
- An dieser Stelle haben wir im vorigen Jahr die Initiative ergriffen.
- Wir haben zusammen mit anderen beteiligten Verbänden ein von der Wirtschaft getragenes Zertifizierungssystem auf den Weg gebracht – REDcert.

- Dieses neue Zertifizierungssystem hat ganz aktuell vor zwei Wochen seine offizielle Anerkennung durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) erhalten.
- Die einschlägigen Verordnungen galten zunächst für Biomasse, die nach dem 01.01.2010 geerntet wird, also ab der Ernte 2010.
- Angesichts dieser viel zu knappen Fristen hat sich der DRV für eine Verschiebung eingesetzt.
- Durch unsere intensive politische Arbeit haben wir entscheidend dazu beigetragen, dass die Verordnungen erst ab 01.01.2011 gelten.
- Damit erhalten die betroffenen Unternehmen mehr Zeit zum Aufbau von Zertifizierungsstrukturen.
- Zu unseren Motiven: Wir haben diese Initiative im Sinne der Eigenverantwortung ergriffen.
- Wir wollen unseren Mitgliedern eine exakt auf ihre Strukturen angepasste Lösung für diese neue Aufgabe bieten, die schnell in die Praxis

umgesetzt werden kann. Das schafft eine bessere Akzeptanz.

- Zugleich fördert dieses System den Wettbewerb und trägt damit zu angemessenen Konditionen bei.
- Ferner werden Synergieeffekte mit bestehenden Einrichtungen erzielt.
- **Alles in allem sehen wir in REDcert ein Stück Zukunftsgestaltung mit Blick auf eine mögliche Ausdehnung von solchen Nachhaltigkeitskriterien auf andere Bereiche der Agrarproduktion.**
- Welchen Beitrag kann die Politik für die Unternehmen hier leisten?
- Die Politik muss für das Verständnis von Nachhaltigkeit einen klaren Rahmen formulieren.
- Es darf nicht zu unrealistischen oder gar widersprüchlichen Forderungen von Marktpartnern kommen, die zu Wettbewerbsverzerrungen auf den Märkten führen müssen.

- Nachhaltigkeit in wohlverstandenen Sinne darf nicht zum Spielball des Wettbewerbs auf den Agrarmärkten werden.
- Auch darf die Politik dieses Feld nicht den NGO`s überlassen.
- Die Grüne Gentechnik ist ungeachtet der Diskussionen hierzulande weltweit auf dem Vormarsch. Im vergangenen Jahr wurden gentechnisch veränderte Pflanzen auf einer Gesamtfläche von 134 Mio. Hektar angebaut.
- Die Genossenschaften stellen sich mit ihrem Angebot auf die Wünsche ihrer Mitglieder und Kunden ein. Sie gewährleisten damit Wahlfreiheit.
- Wir brauchen aber unverzüglich praktische Lösungen für Probleme beim Umgang mit GVO hierzulande.
- Deutschland muss sich gemäß Koalitionsvertrag in Brüssel aktiv und nachhaltig für eine zügige Lösung des Nulltoleranz-Problems für Futtermittel und Lebensmittel einsetzen.
- Nulltoleranz gibt es nicht.

- Der aktuelle Fall vermeintlicher Mikrospuren von gentechnisch verändertem Mais in konventionellem Maissaatgut zeigt einmal mehr, dass wir uns auf einem Markt mit globalen Warenströmen nicht von den weltweiten Entwicklungen abschotten können.
- In den letzten Jahren hat sich klar gezeigt, dass die in Deutschland vorherrschende Illusion einer gentechnikfreien Agrar- und Ernährungswirtschaft einer fortschrittsorientierten Gentechnik-Politik im Wege steht.
- Vor diesem Hintergrund appelliere ich an unsere Genossenschaften, den Vorstoß von Frau Bundesministerin Ilse Aigner, die Gentechnik-Kennzeichnung auf europäischer Ebene auf alle Gentechnik-Anwendungen bei Lebensmittel auszuweiten, nicht von vornherein abzulehnen.
- Der DRV setzt sich dafür ein, dass hiervon nicht nur tierische Produkte betroffen sein dürfen, die unter Einsatz gentechnisch veränderter Futtermittel erzeugt wurden.
- Nach Auffassung des DRV kann die von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag explizit als Ziel genannte „umfassende Verbraucher-

transparenz“ im Bereich Gentechnik nur dann entstehen, wenn neben tierischen Lebensmitteln **sämtliche** Produkte einschließlich pflanzlicher und zusammengesetzter Produkte, in deren Werdegang Gentechnik zum Einsatz kam, in die Kennzeichnung einbezogen werden.

- Zusammenfassung
  - Gute Chancen für Genossenschaften auf den Märkten
  - Politik muss geeignete Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen
  - Daran müssen wir in der Raiffeisen - Organisation gemeinsam arbeiten und dafür unsere Stärken einsetzen